

# Greenpeace-Stellungnahme

zur virtuellen Veranstaltung "Ihre Bundesbank hört zu" am  
13. November 2020

Ansprechpartner: Mauricio Vargas, Finanzexperte von Greenpeace

Greenpeace fordert die explizite Berücksichtigung der Folgen der Klimakrise in der neuen Strategie des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Wir können die Bedenken nachvollziehen, dass die politische Unabhängigkeit und das Mandat der Notenbank zur Wahrung der Preisstabilität durch diese Forderungen gefährdet sein könnte, halten sie aber aus nachfolgenden Gründen für unberechtigt.

Die Klimakrise ist kein alltagspolitisches Thema, sondern entsprechend der einhelligen Meinung der Wissenschaft die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, an deren Bewältigung alle relevanten Institutionen, also auch die Zentralbanken, mitwirken müssen. Aus Greenpeace-Sicht ist der Umgang mit dem Klimawandel das Äquivalent zur Überwindung der „Sozialen Frage“ des 19./20. Jahrhunderts. Ähnlich stellt heutzutage die Bewältigung der zunehmenden Erderhitzung die analoge Herausforderung für unsere Wirtschaftsordnung, die eine Transformation unserer Sozialen Marktwirtschaft hinzu einer Öko-Sozialen Marktwirtschaft erfordert.

Im Zuge dieser Transformation müssen sich alle relevanten Wirtschaftsinstitutionen - und somit auch das Notenbanksystem - einen neuen Modus Operandi geben. So wie die Bundesbank einschließlich ihres Stabilitätsauftrags als ein wesentlicher Teil der konstituierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen wurde, müssen im Kontext der heutigen Klimakrise die notwendigen institutionellen Veränderungen für das Notenbanksystem identifiziert und implementiert werden.

Jenseits dessen ist klar, dass es auch schon heute in das bestehende Tätigkeitsfeld der Notenbank fällt, sich den epochalen Transitionsrisiken, die mit den politischen Beschlüssen zur Klimaneutralität bis 2050 einhergehen, zu stellen und zeitnah eine Blaupause für den Umgang mit diesen Risiken zu finden. Verschärft wird diese Dringlichkeit durch die implizite Abhängigkeit der Notenbank von der Politik. Denn je weniger es der Politik gelingt, die grüne Transformation rechtzeitig und entschieden voranzutreiben, desto verheerender werden die Anpassungen und folglich die finanziellen Risiken ausfallen.

Wir rufen die Bundesbank dazu auf, sich den Warnungen der Klimawissenschaft vor einer epochalen Klimakrise zu stellen. Sie muss ernsthaft überprüfen, ob angesichts der massiven ökologischen wie ökonomischen Folgen der Erderhitzung die Preisstabilität zu wahren ist, ohne gegen die Klimakrise vorzugehen. Die sich ergebenden Konsequenzen für die Geldpolitik müssen schnellstmöglich identifiziert und in der neuen Strategie verankert werden. Greenpeace hat im Rahmen der Studie [„Decarbonising is easy / Beyond Market Neutrality in the ECB's Corporate QE“](#) konkrete Szenarien entwickelt, die als Orientierung bei der Überwindung der ökologischen Unwucht der aktuellen EZB-Geldpolitik dienen können.